



NEWSLETTER

1/2016

+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +



Am 22.02.2016 besuchten mich Schülerinnen und Schüler der Stormarnschule Ahrensburg in Berlin im Rahmen einer Informationsfahrt.

Handwerksmeister Thomas Neumeister, Installateur u. Heizungsbauer aus Ahrensburg, hospitierte vom 14.3. - 18.03.2016 in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin.



Zwei Klassen der Sachsenwaldschule aus Reinbek erhielten am 16.03.2016 Einblick in das politische Berlin.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

nach wie vor beschäftigt uns alle sehr die Asyl- und Flüchtlingspolitik. So gehe ich auch mit der ersten Ausgabe 2016 meines vierteljährlich erscheinenden Newsletters auf betreffende Fragen ein.

Darüber hinaus behandle ich unter anderem die Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Basis-Girokonto und Erweiterungen beim Meister-BAföG, die Verlängerung zweier Bundeswehrmandate sowie eine Fülle energiepolitischer Gesetzespakete.

Der Newsletter schließt traditionell mit einer Fotocollage mit Aufnahmen aus den vergangenen drei Monaten.

Anregendes Lesen wünscht
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer
SPD-Bundestagsabgeordnete
Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd

Inhalt

• Themenauswahl – Januar bis März 2016	3
• Eigene Veranstaltungen	9
• Bewerbung, Bundestagskandidatur im WK 10	14
• Termine	15
• Bilderschau	16

Themenauswahl – Januar bis März 2016

Girokonto für alle

Am 25. Februar 2016 hat der Deutsche Bundestag in Umsetzung der EU-Richtlinie „Über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten“ einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto beschlossen. In Zukunft hat jeder das Recht ein Girokonto zu eröffnen. Diese Möglichkeit war bislang sowohl vielen Bundesbürgern versperrt als auch Flüchtlingen, die mit der Neuregelung ebenfalls einen Rechtsanspruch erhalten. Insgesamt werden schätzungsweise zwischen 600.000 und einer Million Menschen von der Gesetzesänderung profitieren. Bei dem sogenannten „Basiskonto“ handelt es sich um ein Konto auf Guthabenbasis. An das Basiskonto geknüpft sind auch besondere Schutzansprüche. So sind beispielsweise die Kündigungsmöglichkeiten der Bankinstitute eingeschränkt. Zudem müssen die Banken sowohl vor Vertragsschluss als auch während der Laufzeit über die Gebühren informieren. Das Basiskonto stärkt Verbraucherrechte auf dem Finanzmarkt und ist ein wichtiger Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Ein Konto darf nur noch verweigert werden, wenn bereits ein Basiskonto bei einem Bankinstitut vorhanden ist, bei einem anderen Basiskontovertrag ein Zahlungsverzug besteht oder bestimmte Fälle von strafbarem Verhalten auf Seiten des Beantragenden vorliegen.

Erweiterung des Meister-BAföG

Am 26. Februar hat der Bundestag den Gesetzesentwurf für das neue Meister-BAföG verabschiedet. Am 1. August 2016 tritt die Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) in Kraft. Bisher hatten Handwerker und Fachkräfte einen Anspruch auf Meister-BAföG. Die neue Regelung ermöglicht nun zusätzlich auch Bachelorabsolventen bzw. Personen mit einem vergleichbaren Hochschulabschluss Weiterbildungszuschüsse in Anspruch zu nehmen. Erreicht wird damit eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen.

Mit der Reform werden auch die Vermögensfreibeträge sowie die Zuschüsse zum Unterhalt und zur Finanzierung der Bildungsmaßnahme erhöht. Neu ist zudem die Einführung eines „Attraktivitätspakets Meisterstück“. Dabei wird der maximale Förderbeitrag für das Meisterstück erhöht und erstmals die Übernahme von Materialkosten ermöglicht.

Bisher konnten Ausländerinnen und Ausländer, die im Besitz bestimmter Aufenthaltstitel sind, erst nach einer Mindestaufenthaltsdauer von vier Jahren Förderung erhalten, zukünftig soll das bereits nach 15 Monaten möglich sein.

Abstimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Am 28. Januar hat der Deutsche Bundestag namentlich über zwei Einsätze der Bundeswehr im Ausland abgestimmt.

Bundeswehreinsatz im Nord-Irak

Wie bereits der vorangegangene Antrag (Entschließungsantrag Bundestagsdrucksache 18/2459 vom 1. September 2014) zur Erteilung eines Bundeswehrmandats, ist auch der Antrag „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte“ von dem Bestreben getragen, Menschenleben von Verfolgten zu retten und somit auch einen Beitrag zum Schutz der Staatlichkeit des Irak sowie für die Stabilität der gesamten Region zu leisten, die angesichts der IS-Terroristen in akuter Gefahr ist.

Auch wenn ich dieses Bestreben teile, halte ich es dennoch für unverzichtbar, Maßnahmen zu vermeiden, deren Folgewirkungen das friedensschaffende Ziel ihrerseits erschweren können. Das betreffende Bundeswehrmandat umfasst im Zuge der Ausbildungsunterstützung – wie bereits das vorangegangene – auch Waffenlieferungen an Sicherheitskräfte im Nord-Irak (Peschmerga). Als Folge von Waffenlieferungen, zumal an regionale Sicherheitskräfte, sehe ich die Gefahr, dass jene in falsche Hände geraten und somit das Ziel einer zu stärkenden Selbstverteidigung unterwandert wird. Die heute vorliegenden Informationen lassen vermuten, dass Waffen, auch aus Deutschland, vor Ort auf Märkten verkauft wurden. Zudem konnten bislang Berichte nicht entkräftet werden, dass die Peschmerga massenhafte Zerstörungen von Häusern arabischer Zivilisten vornahm, um eine mutmaßliche Unterstützung der Bewohner für den IS zu sanktionieren, somit Rache übten. Nach einem Bericht von Amnesty International seien tausende Häuser mit Planierdraht zerstört, in die Luft gesprengt oder angezündet worden. Der Verdacht von Kriegsverbrechen durch kurdische Kämpfer steht damit wiederholt im Raum. Zudem besteht Unklarheit, wie sich eine – mit Hilfe militärischer Unterstützungsmaßnahmen gestärkte Peschmerga – jenseits des Kampfes gegen den IS gegenüber der Zentralregierung des Irak in Bagdad verhalten wird.

Waffenlieferungen der betreffenden Art halte ich vor diesem Hintergrund für nicht geeignet, den erstrebten friedensschaffenden Effekt zu erzielen, ohne hierbei zugleich die Gefahr neuer Gewalt und Bedrohung einzugehen. Wo militärische Maßnahmen zum Schutz vor dem IS und humanitärer Not notwendig sind, sollte neben den nationalen Streitkräften der betreffenden Staaten auch die Völkergemeinschaft durch UN-Schutztruppen Verantwortung übernehmen.

Insofern habe ich bei der Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehrmandats, wie bereits bei der Abstimmung über den ersten Einsatz mit Waffenlieferungen in den Nord-Irak, mit Nein gestimmt.

Vgl.: <http://www.nina-scheer.de/zur-sache/aktuell-zur-sache/461-persoенliche-erklaerung-zur-abstimmung-fortsetzung-der-beteiligung-bewaffneter-deutscher-streitkraefte-zur-ausbildungsunterstuetzung-der-sicherheitskraefte-der-regierung-der-region-kurdistan-irak-und-der-irakischen-streitkraefte.html>

MINUSMA-Mission in Mali

Auf Bitte der Vereinten Nationen wurde die Mandatsobergrenze für Soldatinnen und Soldaten von 150 auf 650 erhöht. Zu den Kernaufgaben der Mission in Mali und der Sahel-Region gehören Waffenruhe, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktpartnern sowie das Friedensabkommen abzusichern. Außerdem gilt es den Schutz von Zivilpersonen zu befördern.

Im November 2015 zeigte sich durch einen Angriff auf das „Radisson Blu“ Hotel in der Hauptstadt Bamako der Versuch radikaler Kräfte, die eingeleiteten Befriedungsprozesse in der Region zu unterwandern. Vor dem Hintergrund der vergangenen Bemühungen im Zusammenwirken mit anderen die Mission stützenden Staaten kann und sollte auch die Bundeswehr einen Teil dazu beitragen, Einflussnahmen, die gegen Friedensprozesse gerichtet sind, zu unterbinden. Insofern habe ich für diesen Einsatz gestimmt.

Aktuelle Fragen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Am 25. Februar wurde im Bundestag das Asylpaket II (Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren) verabschiedet.

Die Neuregelungen enthalten einige Maßnahmen, die zur Bewältigung der insbesondere im letzten Jahr schnell gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen dringend erforderlich sind. Hierzu zählen Regelungen zur besseren Identifizierung von Flüchtlingen. Es kann nicht sein, dass Mehrfachregistrierungen erfolgen und Ungewissheit über die Anzahl, Identität und Herkunft von Flüchtlingen besteht. Auch Regelungen über in Aufnahmeeinrichtungen zu beschäftigende Personen, die deren Rechtstreue gewährleisten, etwa um das Risiko von sexuellen Übergriffen auf Minderjährige zu reduzieren, sind ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der Flüchtlingsströme.

In anderen Punkten konnte ich mich dem Paket inhaltlich allerdings nicht anschließen. So halte ich es sowohl aus humanitären als auch integrationsspezifischen Gründen prinzipiell für verfehlt, den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten auszusetzen. Ferner ist zu befürchten, dass die betreffenden Neuerungen über zu beschleunigende Verfahren zu Lücken im Rechtsschutz führen. Zudem setzen die neuen Regelungen zum Umgang mit psychischen Erkrankungen meines Erachtens eine zu große Hürde, um Menschen mit Traumata in einer human vertretbaren Weise gerecht zu werden.

Bei Entscheidungen über Gesetzesvorhaben gilt es letztlich eine Abwägung zu treffen, die nie losgelöst von Gesamtbetrachtungen, etwa über Fernwirkungen von Abstimmungsergebnissen, getroffen werden sollten. Es sollte dabei auch das demokratische Gestaltungsgefüge einbezogen werden. Eine Entscheidung innerhalb einer Koalition setzt immer die Bereitschaft für eine Einigung der Koalitionspartner voraus. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind die Grundhaltungen innerhalb der Koalition, insbesondere mit Blick auf die Reihen von CDU/CSU sehr unterschiedlich. Dies verunmöglicht geradezu eine gemeinsame Haltung und gesetzliche Fortentwicklung des betreffenden Rechtsrahmens – und dies in einer für die Stabilität unseres Landes so zentralen Frage. Eben dies spiegelt sich auch im Asylpaket II wider.

Insofern muss auch die eigene Erwartung an asylgesetzliche Regelungen die gegebenen divergierenden Grundhaltungen einbeziehen.

Somit muss auch erkannt werden: Die vorliegenden Regelungen enthalten nicht die Einrichtung von Transitonen. Sie enthalten keine Festlegung von Obergrenzen. Ferner enthalten sie kein pauschales Aussetzen des Familiennachzuges, sodass es etwa nicht auf Bürgerkriegsflüchtlinge anwendbar ist. Solche undurchführbaren und mit unserem Verfassungsrecht nicht vereinbaren Maßnahmen konnten durch die Sozialdemokraten abgewendet werden.

Angesichts der gesamtpolitischen Bedeutung der betreffenden Fragen läge in einer Uneinigkeit der großen Koalition, in Bezug auf die heute so alles dominierende Asyl- und Flüchtlingspolitik, zugleich eine Einfallstür für Vorhalte von Populisten und volksverhetzenden Stimmen. Die vergangenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben zwar einerseits mit Blick auf die AfD besorgniserregende Ergebnisse hervorgebracht. Andererseits haben sie auch offenbart, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler Verlässlichkeit – insbesondere in der Flüchtlingspolitik – schätzt und Zerstrittenheit bzw. Uneinigkeit missbilligt. Das klare Bekenntnis sowohl der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer als auch des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu einer humanen Flüchtlingspolitik, unter expliziter Bezugnahme auf die politische Linie von Bundeskanzlerin Merkel, wurde belohnt. Das Abweichen der rheinland-pfälzischen CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner gegenüber dem Kurs der Kanzlerin wurde missbilligt.

Ich denke, es ist dabei vielen Menschen, die sich von der AfD blenden lassen, nicht bewusst, was deren Forderungen zu Ende gedacht bedeuten: Welchem Sympathisanten bzw. Wähler der AfD ist wohl bewusst (hierzu sei auf die Landtagswahlprogramme zu den jüngsten Landtagswahlen verwiesen), dass mit der „Alternative für Deutschland“ Inklusion als Last für lernwillige und begabte Kinder verstanden wird oder unterstellt wird, Mädchen würden bevorzugt, weshalb zukünftig der schulische Lernstoff mehr auf Jungen zugeschnitten werden müsse? Zugleich wird in den Wahlprogrammen behauptet, man trete für geschlechtliche Gleichbehandlung ein – welch Hohn! Der Klimawandel wird als naturgesetzliche Wetterveränderung angesehen und die Energiewende – sie wird in Anführungszeichen gesetzt – sei eine Gefährdung der Energiesicherheit; man setze sich ein „für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke“. Führende AfD-Vertreter nennen US-Präsident Obama einen „Quotenneger“, den gesetzlichen Mindestlohn ein „Jobkiller-Gesetz“ und die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch antwortete mit „Ja“ auf die Frage: „Wollt ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“. So bereut auch Hans-Olaf Henkel inzwischen, mitgeholfen zu haben, mit der AfD ein „richtiges Monster“ erschaffen zu haben.

Mein Ja zum Asylpaket II bezog somit auch die Erwägung ein, welche politische Folge ein Nein (ob der genannten Kritikpunkte) in letzter Konsequenz mit Blick auf das derzeitige – auch europäische – Gesamtgefüge nach sich zöge. Uneinigkeit in den Asyl- und Flüchtlingsfragen wird von Rechtspopulisten instrumentalisiert, um die Regierungsfähigkeit der Bundeskanzlerin und der Regierungskoalition in Frage zu stellen und auf dem Wege der Angstmacherei Stimmen zu gewinnen. Dieser Raum sollte dem rechten Rand nicht gegeben werden.

Vgl. auch meine persönliche Erklärung nach § 31 GO:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/aktuell-zur-sache/468-persoенliche-erklaerung-zur-abstimmung-asylpaket-ii.html>

Energiepolitische Entwicklungen

Im ersten Halbjahr 2016 steht eine Reihe von energiepolitischen Gesetzgebungsvorhaben an.

Strommarktgesetz

Rund ein Drittel des Stroms wird in Deutschland heute bereits aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Bis zum Jahr 2050 sollen mindestens 80 Prozent des Stroms aus Wind und Sonne kommen. Da diese Energieformen einer Fluktuation unterliegen, wenn etwa der Wind nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit gleich stark weht, bedarf es ausgleichender Mechanismen und darauf ausgerichteter gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Das im Januar mit der ersten Lesung in den Deutschen Bundestag eingebrachte Strommarktgesetz behandelt somit etwa neue Regelungen zur Bilanzkreisbewirtschaftung und zum Ausgleichsenergiesystem. Zudem sollen im Sinne des Klimaschutzes Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 2,7 Gigawatt stillgelegt werden. Dem Gesetzesvorhaben war im vergangenen Jahr mit dem sogenannten Grün- und Weißbuchprozess eine öffentliche Konsultation vorausgegangen. Im April soll das Gesetz verabschiedet werden. Ich begrüße den mit dem Gesetzesentwurf – in einem ersten Schritt – begonnenen Einstieg in einen Kohleausstieg, selbst wenn ich persönlich das – derzeit leider nicht durchsetzbare – Instrument der Schadstoffsteuer für wirkungsvoller und gerechter erachte. Mit Blick auf die sich immer weiter erhärtende klimaschutzpolitische Notwendigkeit einer globalen Abkehr von Kohleenergiegewinnung und die Abhängigkeit der Menschheit von Energie ist es bereits aus Gerechtigkeitsgründen erforderlich, das Thema Kohleausstieg und den hiermit verbundenen Strukturwandel als sozialdemokratisches Projekt offensiv anzugehen. Ich werde mich außerdem dafür einsetzen, dass bestehende Hemmnisse für Energiespeicher abgebaut werden.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende

Ein weiteres neues Gesetzespaket, das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, wurde im Februar in erster Lesung im Bundestag eingebracht. Das Paket sieht eine verstärkte digitale Vernetzung im Strommarkt vor. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Stromproduktion durch den Einsatz Erneuerbarer Energien immer kleinteiliger wird. Eindimensionale Erzeuger-Konsumenten-Beziehungen gehören zunehmend der Vergangenheit an. Vielmehr werden Verbraucher teilweise selbst zu Produzenten oder stellen Speicherkapazitäten zur Verfügung. Daher wird eine bessere Vernetzung des Energieversorgungssystems notwendig. Diese Entwicklung geht einher mit der Verfügbarkeit von neuen Kommunikationstechnologien und neuen Messsystemen, die auf Grundlage entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen „eine Kommunikationsplattform im intelligenten Energienetz“ bilden sollen. Mit dem Gesetzesentwurf sind

unter anderem Regelungen zur zulässigen Datenkommunikation für Datenschutz und Datensicherheit in Energienetzen sowie Bestimmungen zu Betrieb und Ausstattung neuer Messsysteme vorgesehen (Smart Meter). Das Gesetz wird aktuell im Deutschen Bundestag beraten. Änderungsbedarf sehe ich insbesondere in Bezug auf die vorgeschlagene Verlagerung der Bilanzkreishoheit von den Verteil- auf die Übertragungsnetzbetreiber. Dieser teilweise Verlust der Datenhoheit bei den (häufig in kommunaler Hand befindlichen) Verteilernetzbetreibern steht aus meiner Sicht im Widerspruch zum dezentralen Charakter der Energiewende. Zudem sollte es ohne einen bewährten Nutzen sowohl mit Blick auf Verbraucherschutzinteressen als auch die Mechanismen der Energiewende zu keiner gesetzlichen Fixierung spezifischer Technologien des Smart Metering kommen.

Neuerliche EEG-Reform

Bis zum Sommer strebt die Bundesregierung zudem die Verabschiedung einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an. Allerdings liegt der Kabinettsbeschluss bislang nicht vor. Im Kern wird die Novelle eine Umstellung des heutigen Fördersystems der gesetzlich über 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung und Abnahmeverpflichtung von Strom aus Erneuerbaren Energien auf Ausschreibungen behandeln. Bereits während der Koalitionsverhandlungen im Herbst 2013 hatte ich mich gegen eine solche Umstellung ausgesprochen, da ich hierin sowohl eine Gefährdung der Ausbauziele als auch Hürden für die kleineren Akteure der Energiewende sehe, die in ihrer Gesamtheit den Ausbau Erneuerbarer Energien von heute über 30 Prozent Anteil am deutschen Bruttostromverbrauch geleistet haben. Die Erneuerbare-Energien-Branchen und politischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft pro Energiewende teilen diese Einschätzung. Auf die Reform werde ich zeitnah gesondert eingehen.

Sowohl für eine Reform des EEGs als auch die oben genannten Gesetzespakete sollten den Umbau der Energieversorgung in ambitionierten Schritten weiter voranbringen. Mit den neuen Regelungen müssen Flexibilitätsoptionen und die Einbeziehung von Speichern zielgerichtet angereizt werden. Zudem muss gewährleistet sein, dass bei der dezentralen Versorgung eine hohe Beteiligungsmöglichkeit fortbesteht, da eben hier die bislang maßgeblichen Akteure der Energiewende zu verzeichnen sind. Um die fluktuierenden Quellen Wind und Sonne und nutzbare Synergien zu anderen Sektoren des Energiebedarfs besser einzubinden, brauchen wir weitere Anreize zur zielgerichteten Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.

Vgl. auch: Interview mit der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (dgs):

http://www.dgs.de/news/im-gespraech/nina-scheer/?utm_source=phplist540&utm_medium=email&utm_content=HTML&utm_campaign=DG-S-Newsletter+vom+24.03.16+-+Energiespeicher%2C+Kohlekraftwerke%2C+Dr.+Nina+Scheer%2C+Rom%2C+Solarcup%2C+Solarthermie+und+SONNENENERGIE

Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz

Im Bereich der Wärme und Energieeinsparung wird im Bundeswirtschaftsministerium derzeit ein Entwurf erarbeitet, der u.a. eine Zusammenlegung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) und der Energieeinsparverordnung (EnEV) vorsieht.

Zu diesem Themenkomplex wurde am 17. Februar 2016 im Wirtschafts- und Energieausschuss in meinem Berichterstatter-Bereich eine Öffentliche Anhörung durchgeführt.

Stellungnahmen:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a09/anhoerungen/anhoerungen_archiv/anhoerung-27-01-16-ernerueberare-energien-waermegesetz/402920

Link zum Videomitschnitt: <http://dbtg.tv/cvid/6524768>

Eigene Veranstaltungen

4. Stadtwerkegespräch zur Reform des Energiewirtschaftsgesetzes, EnWG

Alle 20 Jahre entscheiden Kommunen in Deutschland neu über die Vergabe von Konzessionen über das Eigentum an den Energienetzen. Während der vergangenen Jahre war es bei Vergabeverfahren aufgrund von Rechtsunsicherheiten wiederholt zu Rechtsstreitigkeiten gekommen, womit es den örtlichen Stadtwerken erschwert und faktisch verwehrt wurde, die Netze im Zuge einer sogenannten Rekommunalisierung zu übernehmen, verstärkt in Schleswig-Holstein.

Hier hatten die kommunalen Entscheidungsträger, Stadt- bzw. Gemeinderäte gehäuft Netzübernahmen beschlossen, deren Vollzug dann aber über Gerichtsprozesse durch den vormaligen Netzbetreiber Schleswig-Holstein Netz AG (damals eine Netztochter der E.ON Hanse, heute Hanse Werk AG) unterwandert wurde. Möglich wurde dies durch rechtsunsichere Formulierungen im Energiewirtschaftsgesetz, EnWG, die auf eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2011 zurückzuführen sind. Hierdurch steht seither in Frage, inwieweit Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft als Element der Daseinsvorsorge nun noch als Auswahlkriterium im Vergabeverfahren hinzuzuziehen sind. Der Bundesgerichtshof, BGH, hatte zuletzt das EnWG zulasten kommunaler Netzübernahmeinteressen ausgelegt.

Nach verschiedenen, während der vergangenen Monate in Fachkreisen kritisch diskutierten Referentenentwürfen, wurde nun mit Kabinettsbeschluss vom 3. Februar 2016 die Novelle des EnWG auf den Weg gebracht. Auf deren Notwendigkeit hatte ich kontinuierlich hingewirkt.

Zu der Thematik lud ich zudem gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Bettina Hagedorn nach Geesthacht ein, um den jüngsten Gesetzesentwurf im Rahmen unserer Stadtwerke-Gesprächsreihe mit Vertretern schleswig-holsteinischer Stadtwerke zu diskutieren. 30 Teilnehmer aus dem ganzen Land waren unserer Einladung in die

Räumlichkeiten der Stadtwerke Geesthacht gefolgt. Als Gastreferent konnten wir Prof. Dr. Christian Theobald begrüßen.



4. Stadtwerkegespräch am 11. Februar 2016 in Geesthacht

Neben entscheidenden Verbesserungen bestehen auf Grundlage des Kabinettsbeschlusses noch weitergehende Änderungsbedarfe, dahingehend herrschte auch Einigkeit im Rahmen der Stadtwerke-Gesprächsrunde. Der bestehende Regierungsentwurf lässt leider nach wie vor die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft nicht als rechtssicheres Vergabekriterium gelten, was dem verfassungsrechtlichen Daseinsvorsorge-Charakter von Gemeinden nicht gerecht wird. Entsprechende Änderungen gilt es nun im parlamentarischen Verfahren zu bewirken.

Zwischenzeitlich wurde eine dahingehende Positionierung der AG Wirtschaft und Energie erzielt, auf deren Grundlage in den folgenden Monaten die parlamentarischen Beratungen und Verhandlungen mit dem Koalitionspartner erfolgen werden.

Vgl. auch:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/464-nina-scheer-und-bettina-hagedorn-stadtwerke-als-partner-einer-buergernahen-energieversorgung-staerken.html>

Chancengerechtigkeit und gute Bildungspolitik

Um Chancengerechtigkeit und gute Bildungspolitik ging es bei einem Abend, zu dem ich gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in die Erich Kästner Gemeinschaftsschule nach Barsbüttel eingeladen hatte. Die Veranstaltung stand in der Reihe „Fraktion vor Ort“ unter dem Titel "Projekt Zukunft - Neue Gerechtigkeit" der SPD-Bundestagsfraktion. Als Gastreferentin konnte ich Britta Ernst, Bildungsministerin Schleswig-Holstein gewinnen

und Martin Habersaat, der als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und örtlicher Abgeordneter die Moderation des Abends übernahm.



Foto v.l.n.r.: Ernst Dieter Rossmann, Nina Scheer, Britta Ernst, Martin Habersaat

Etwa 50 Interessierte waren gekommen, darunter viele Schulleiterinnen und Schulleiter aus der Region.

Vgl. auch:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-03->

[18%20_PM_Scheer_Scheer%20wirbt%20fr%20mehr%20Chancengerechtigkeit%20fr%20Frauen.pdf](http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-03-18%20_PM_Scheer_Scheer%20wirbt%20fr%20mehr%20Chancengerechtigkeit%20fr%20Frauen.pdf)

Weitere Informationen:

Gute Schulpolitik – Wissenswertes von A-Z:

<http://www.martinhabersaat.de/themen/bildung/gute-schulpolitik-wissenswertes-von-a-z/>

Projekt Zukunft – Neue Gerechtigkeit:

<http://www.spdfraktion.de/content/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit>

Kreisübergreifende Ortsvereinsrunde

Am 9. März diskutierte ich in Schwarzenbek mit ca. 20 Genossinnen und Genossen aus meinem Wahlkreis im Rahmen einer kreisübergreifenden Ortsvereinsrunde über aktuelle Themen – darunter über Asyl- und Flüchtlingspolitik, die nun mit Kabinettsbeschluss vom 16. März anlaufende Reform des Sexualstrafrechts, verbesserte Rahmenbedingungen für Pflege und den Umgang mit Rechtspopulismus.



Programmkommission der SPD Schleswig-Holstein startet

Nach vier Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit beginnt die SPD Schleswig-Holstein nun zu formulieren, wie sie sich sozialdemokratische Politik in Schleswig-Holstein für die kommende Legislaturperiode vorstellt. Dazu hatte der Landesvorstand mit einigen Leitsätzen im Februar die thematischen Schwerpunkte Arbeit, Bildung, Familie und Infrastruktur gesetzt. Am 1. März nahm die 20-köpfige Programmkommission ihre Arbeit auf.

Ich freue mich an der programmatischen Arbeit der schleswig-holsteinischen SPD in Vorbereitung der Landtagswahl 2017 und die folgende Legislaturperiode mitwirken zu dürfen.

Weitere Informationen: <http://www.spd-schleswig-holstein.de/de/aktuelles/aid/6883>

SPD-Perspektivarbeitsgruppen starten im Willy-Brandt-Haus

Zur Vorbereitung des Wahl- und Regierungsprogramms 2017 hat die SPD auf Bundesebene sieben Projektarbeitsgruppen eingesetzt um die programmatischen Inhalte vorzubereiten.

Ich freue mich, unter der Leitung unserer Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks in der zehn-köpfigen Projektarbeitsgruppe Umwelt und Klimaschutz über die kommenden Monate die programmatischen Schwerpunkte der SPD zur Bundestagswahl 2017 für die Bereiche Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz mit erarbeiten zu dürfen.

Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>



Bewerbung, Bundestagskandidatur im Wahlkreis 10, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd

Mit meiner Bundestagskandidatur kam ich neu nach Schleswig-Holstein und bin nun seit gut zwei Jahren mit meiner Tochter in Geesthacht beheimatet.

Als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft- und Energie sowie als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bin ich für die Themen Energieeffizienz/Wärme, Europäische Energiepolitik, Atompolitik, Umwelt-Energiethemen bei Freihandelsabkommen (TTIP/CETA) und Erneuerbare Energien/Umweltwirtschaft zuständig. Zudem bin ich für die SPD-Bundestagsfraktion Ansprechpartnerin für Erneuerbare Energien und Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur. Mit meinen Ausschusszugehörigkeiten und innerfraktionellen Zuständigkeiten wurde meinem Wunsch entsprochen, im Bundestag die Schwerpunktthemen Energie und Umwelt zu vertreten.

Nichtsdestotrotz ist es mir ein wichtiges Anliegen, nicht ausschließlich als „Fachpolitikerin“ oder Energieexpertin zu wirken: Als SPD-Bundestagsabgeordnete bin ich für alle Themen zuständig, für die vor Ort sowie gesamtgesellschaftlich Handlungserfordernisse entstehen. Dies reicht von den seit Jahren geforderten Umgehungsstraßen für Geesthacht, Schwarzenbek und Lauenburg, über bessere Bahnverbindungsmöglichkeiten, Lärmschutz, verbesserten Hochwasserschutz, ein Wirken für eine zukunftsgerichtete Wirtschaft in der und für die Metropolregion, chancengleich zugängliche Bildung und Weiterbildung sowie gute Arbeitsbedingungen, bis hin zu Maßnahmen für eine gesundheits- und umweltgerechte Landwirtschaft, des Verbraucherschutzes sowie europäisch und international aufzugreifende Fragen. Alle Themen aufzulisten, würde den Rahmen sprengen. Ich betrachte es als eine sehr wertvolle Aufgabe, sich in immer neue Fragen vertieft einzuarbeiten, um daran mitzuwirken, hieraus die für unser Gemeinwohl bestmöglichen Rahmenbedingungen entstehen zu lassen.

Die Arbeit im Bundestag empfinde ich als sehr erfüllend und würde sie gerne fortsetzen. Insofern werde ich mich erneut zur Wahl stellen.

Termine – April bis Juni 2016 (Auswahl & unter Vorbehalt)

Montag, 18. April 2016, 15.30 – 17.30 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Ahrensburg, Manhagener Allee 17, 22926 Ahrensburg

Mittwoch, 20. April 2016, 18.00 Uhr

Nina Scheer, MdB und Kirsten Lühmann, MdB laden ein:

Fraktion-vor-Ort: „Nachhaltige Schienenwege im Norden“

Bundesverkehrswegeplan und Lärm-sanierungsprogramm in der Diskussion

Gäste: Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein und Manuela Herbort, Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für Hamburg und Schleswig-Holstein

Moderation: Peter Eichstädt, MdL

Schröders Hotel, Compestraße 6, 21493 Schwarzenbek

Montag, 2. Mai 2016, 16.00 – 18.00 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Geesthacht, Markt 17, 21502 Geesthacht

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht

